



Tackling energy poverty at the heart of the ecological and energy transition

21|04|2022 | Hybrid event

=== Konferenz des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses === ZUSAMMENFASSUNG DER BERATUNGSERGEBNISSE

Mehr als 35 Millionen Europäerinnen und Europäer waren 2019 nicht in der Lage, ihre Wohnungen angemessen zu heizen. 2020 betraf dieses Problem 8 % der EU-Bevölkerung, d. h. mehr als 36 Millionen Menschen. Während Europa immer noch mit der Pandemie und ihren weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zu kämpfen hat, ist durch die derzeitige Lage in der Ukraine eine Energieversorgungskrise und ein beispielloser Anstieg der Energiepreise in der EU ausgelöst worden. Vor diesem Hintergrund hat sich das Problem der Energiearmut weiter verschärft.

Um Lösungen zur Bewältigung dieser enormen Herausforderungen zu finden, hat der EWSA mit Unterstützung des französischen Ratsvorsitzes eine Konferenz zum Thema „Bekämpfung der Energiearmut als Kernstück der Umwelt- und Energiewende“ organisiert. Bei den Bemühungen der EU zur Verwirklichung einer Umwelt- und Energiewende muss die Bekämpfung von Energiearmut ein zentrales Anliegen sein.

Maßnahmen gegen Energiearmut müssen zu einer absoluten Priorität der EU-Politik gemacht werden; insbesondere müssen sie im Mittelpunkt der Umwelt- und Energiewende stehen. Ohne soziale Gerechtigkeit wird es keinen Grünen Deal geben. Deshalb sollte eine EU-Strategie zur Bekämpfung der Energiearmut festgelegt und umgesetzt werden.

Die EU sollte ein Paket von Legislativvorschlägen ausarbeiten, mit denen die Bekämpfung von Energiearmut unterstützt und vorangetrieben wird und Mittel bereitgestellt werden, um Bedürftige und vor allem die am stärksten benachteiligten Bürgerinnen und Bürger finanziell zu unterstützen.

Umfassende Gebäuderenovierungen in der Europäischen Union sind heute vor dem Hintergrund der strukturell unzureichenden langfristigen Investitionen in diesem Bereich sowie der klimatischen, ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen eine absolute Notwendigkeit.

Mit der Strategie für eine Renovierungswelle sollten die einkommensschwächsten Gruppen unterstützt und im Hinblick darauf sichergestellt werden, dass finanziell schwächeren Bürgern die Mittel für

Investitionen in Energieeffizienz zur Verfügung stehen. Dabei sollte den Gebäuden mit der schlechtesten Energieeffizienz Vorrang eingeräumt und so Ausgrenzung aus dem Wohnungsmarkt vermieden werden. Die Gebäuderenovierung ist zudem eine unmittelbare Beschäftigungsquelle auf lokaler Ebene.

Eine erhebliche Aufstockung der EU-Mittel, insbesondere für Akteure vor Ort, sollte der Renovierung von Gebäuden und der dezentralen Erzeugung erneuerbarer Energien zugutekommen. Vorrangige Begünstigte sollten dabei finanziell schwächere Haushalte sein. Als Ausgleich für die Ausweitung des Emissionshandelssystems müssen daher ausreichende Mittel aus dem Klima-Sozialfonds bereitgestellt werden.

Auf nationaler Ebene sollten das Engagement und die Verantwortung der Behörden bei der Bekämpfung von Energiearmut weiter verstärkt werden. Da die Hauptursache für Energiearmut hohe Energiekosten, ineffiziente Gebäude und niedrige Einkommen sind, sollte die Aufgabe der Anbieter von genossenschaftlichem Wohnraum und von Sozialwohnungen klarer sein denn je.

Die Mitgliedstaaten sollten weiter ermutigt werden, ihre nationalen Aufbau- und Resilienzpläne durch ein stärkeres Ineinandergreifen und Verknüpfen der einzelnen Maßnahmen und die ergänzende Nutzung weiterer EU-Finanzierungsquellen zu verbessern.

Bislang haben nur acht Mitgliedstaaten Beobachtungsstellen für Energiearmut eingerichtet. Auch andere Mitgliedstaaten sollten kontinuierlich dazu angehalten werden, ähnliche Beobachtungs- und Berichterstattungsmechanismen zu entwickeln. Auf diese Weise können gemeinsame Messgrößen und differenzierte Indikatoren entwickelt werden, die gezielte Strategien, maßgeschneiderte Maßnahmen und Sozialschutzsysteme zugunsten der schwächsten Bevölkerungsgruppen ermöglichen.

Auf lokaler Ebene sollten den Gemeinden leichter zugängliche Informationen über den Zugang zu Finanzmitteln und technische Hilfe zur Verfügung gestellt werden, damit vor Ort Kapazitäten aufgebaut werden können. Es sollten zentrale Anlaufstellen eingerichtet werden, die Zugang zu Informationen und technischer Unterstützung bieten und auf einem bürger-, kommunen- und verbrauchernahen Konzept beruhen. Diese Anlaufstellen hätten den zusätzlichen Vorteil, durch eine erweiterte Mitwirkung und Beteiligung an vor Ort zu treffenden Entscheidungen für eine gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende zu sorgen.

Die Einrichtung von Energiegemeinschaften und -genossenschaften sollte gefördert werden, um auch den finanziell schwächsten Bürgerinnen und Bürgern eine aktive Rolle bei der Selbstversorgung mit sauberer Energie zu ermöglichen. Eigenverantwortung bei der Energieversorgung durch lokale Gemeinschaften spielt eine entscheidende Rolle dabei, den Anbietern von fossilen Brennstoffen Macht zu entziehen und den Verbrauchern – die zu Prosumern werden und am besten mit von Energiearmut betroffenen Haushalten in Kontakt treten und deren Bedürfnisse verstehen können – mehr Macht zu geben.

Ohne eine umfassende Einbeziehung **zivilgesellschaftlicher Organisationen, die den Dialog zwischen Bürgern, Unternehmen, Arbeitnehmern, Verbrauchern und Entscheidungsträgern erleichtern**, ist eine Bekämpfung der Energiearmut nicht möglich. Dank ihres Fachwissens und ihrer Vernetzung vor Ort sind die Organisationen der Zivilgesellschaft am besten in der Lage, an der Festlegung, Umsetzung und Überwachung von Strategien gegen Energiearmut in Europa mitzuwirken.

Die Festlegung einer EU-Strategie und die Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut erfordern zwei Voraussetzungen: einen starken politischen Willen und ein noch stärkeres Bündnis sämtlicher Akteure vor Ort. Daher bekräftigt der EWSA seine Unterstützung für die **Schaffung eines Bündnisses zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteuren der nationalen und europäischen Politikebene, um gegen Energiearmut vorzugehen.**

Der EWSA ist bereit, eine aktive Rolle in diesem Bündnis zu übernehmen, in das auch die Arbeit der von der Europäischen Kommission eingerichteten Koordinierungsgruppe „Energiearmut und schutzbedürftige Verbraucher“ einfließen sollte.
